Zeitschrift: Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie

Herausgeber: Verein Ehemaliger Textilfachschüler Zürich und Angehöriger der Textilindustrie

Band: 27 (1920)

Heft: 14

Rubrik: Sozialpolitisches

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

In diesen Ländern, wie auch in einigen andern, hat sich als Folge des Krieges die inländische Wäschekonfektion in auffallendem Maße entwickelt, so daß sie voraussichtlich bleibend viel bedeutendere Kunden der Stickereiindustrie sein werden, als sie früher waren. Die meisten Regierungen sind denn auch zu der Erkenntnis gelangt, daß für die Wäschekonfektion die Stikkereien als Garnitur ein unentbehrliches Rohmaterial bedeuten, dessen Verarbeitung einer Unzahl weiblicher Arbeitskräfte willkommenen Verdienst bringt, wie auch dem Handel, sowohl im eigenen Land als beim Export. Man hat erkannt, daß es darum ein großer Fehler wäre, die Einfuhr von Stickereien zu erschweren oder ganz zu verbieten. Zu dem unter obwaltenden Umständen sehr befriedigenden Ergebnis der Stickereiausfuhr hat außer der Gunst der Mode für feine Weißstickereien sehr viel beigetragen, daß sie endlich auch den gestickten Spitzen wieder einen hervorragenden Platz einräumt, wie denn auch die Vorhangstickerei, die halb in Vergessenheit geraten, sich neuerdings wieder großer Aufmerksamkeit erfreut, auch von seiten Nordamerikas, und zwar in bester künstlerischer Ausführung. Unter den Siegern im Weltkrieg ist es einzig noch Frankreich, das die Kontingentierung der Stickereieinfuhr, trotz dem Widerstand seiner Importeure, aufrecht erhält. Dafür, daß dies eigentlich der Handelsübereinkunft entgegensteht, gewährt Frankreich eine gewisse Kompensation, indem es auf Stickereien keine Zollzuschläge (surtaxes) erhebt.

Inbezug auf die überseeischen Länder darf nicht übersehen werden, daß die in der Statistik erscheinenden Ziffern nur den direkten Export der Schweiz dorthin zeigen, während in gewissen Fällen ein ebenso großer oder bedeutenderer indirekter Import stattfinden kann. Dieser Fall dürfte für Australien zutreffen, das Schweizerstickereien auch von den englischen Exportfirmen in beträchtlichem Umfang von London aus erhält, welche in der schweizerischen Ausfuhrstatistik unter England aufgeführt sind.

Wenn auch die vorstehenden Ausfuhrziffern pro 1919 allzu sehr das Spiegelbild der noch unabgeklärten wirtschaftlichen Verhältnisse sind, so ist es doch erfreulich, ihnen entnehmen zu können, wie es der Stickereiindustrie gelungen ist, in allen Ländern des Erdballes Fuß zu fassen. Wo immer weibliche Wesen sein mögen, ob von dieser oder jener Farbe und Rasse, überall bilden die Schweizerstickereien ihr Entzücken. Aus keinem Lande wird ihnen bessere Qualität oder geschmackvolleres Produkt gebracht als aus der Schweiz, deren Fabrikanten Jahr für Jahr die größten Anstrengungen machen, um immer wieder Neues zu bieten. Die Schweizerstickerei ist weltbekannt als Qualitätsindustrie, was sie jedoch nicht hindert, auch denen etwas zu bieten, deren Börsen viel Effekt für wenig Geld heischen. Allen Bedürfnissen kommt sie entgegen, denen der gediegenen Bürgerin, die nach dichtem Madapolam mit solider Stickerei verlangt, der Negerin, welcher gespreizte Muster in die Augen stechen, und ebenso der Mondaine, deren Sinn nach Transparenz in duftigen durchbrochenen Baumwollstoffen und Tüllen, in den neuerdings so begehrten gestickten Spitzen, und nach dem verführerischen Glanz der Seiden- und Metallstickereien für die Abendtoiletten geht, welche jetzt in der Mode tonangebend sind.

Eidgenössische Finanzen. Die Zollergebnisse des ersten Semesters 1920 betragen rund 44 Millionen gegenüber 27 Millionen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. — Die Nettoeingänge aus der Kriegsgewinnsteuer bis zum 30. Juni weisen einen Totalbetrag von 409 Millionen Franken auf. Davon gehen ab etwa 80 Millionen an die Arbeitslosenfürsorge und rund 50 Millionen an die Kantone.

Die Red. der „Schweiz. Konfektions- und Wäschezeitung" bemerkt dazu: Mit der übertriebenen Geldunterstützung wird nicht nur die staatliche Finanzkraft geschwächt, auch der individuelle Selbsterhaltungstrieb und die persönliche Energie zur Arbeit nehmen auffallend ab, wenn ohne aktive Gegenleistung Arbeitslose mit Geld unterstützt werden. Gesunden Menschen sollte man lediglich Arbeit geben und Notunterstützung nur an Erwerbsunfähige gewähren.

Der englische Außenhandel im Juni. London, 26. Juli. Die englische Presse, die mit beständiger Aufmerksamkeit auch die geringsten Schwankungen des Außenhandels verzeichnet, verhehlt nicht ihre Besorgnis angesichts der Statistiken, die für den Monat Juni vom Board of Trade veröffentlicht wurden. Der Gesamtwert der Einfuhr belief sich auf 176,491,230 Lstr., der der Ausfuhr auf 136,476,278 Lstr. gegen 166,333,000 Lstr. bezw. 139,577,000 Lstr. im Monat Mai. Während der Import einen Ueberschuß von mehr als 4 Millionen Lstr. verzeichnet, ging der Export um rund drei Millionen zurück. Die „Daily Mail" erinnert daran, daß seit Oktober 1919, mit Ausnahme der Monate Februar und März, die Vermehrung des Exports beständig im Wachsen war. Die „Westminster Gazette" sieht einen baldigen Preissturz und eine Vermehrung der Auslandsbestellungen voraus. Das Angebot beginne über die Nachfrage hinauszugehen. Durch diese Tatsache werde die Lebenshaltung zwar verbilligt werden, gleichzeitig aber werde sie ungünstig einwirken auf die Handelsgeschäfte mit dem Auslande.

Der Kohlenhandel durchlebt gegenwärtig eine besonders scharfe Krisis, weil die Regierung eine genaue Kontrolle über den Kohlenexport ausübt. In Südwales haben die Maßnahmen verstimmend gewirkt unter der arbeitenden Bevölkerung, den unzufriedenen Grubenleuten schlossen sich nun auch die Seeleute an, die in zwei in Cardiff abgehaltenen Versammlungen gegen die Maßnahmen der Regierung zur Einschränkung der Ausfuhr Einspruch erhoben haben. Die Handelskammer von Cardiff ihrerseits ist gegen die Ausfuhrformalitäten aufs höchste aufgebracht. Am 16. Juli empfing der Handelsminister Sir Robert Horne eine Abordnung von Kaufleuten aus Newcastle, denen er die Erklärung abgeben mußte, daß es zurzeit unmöglich sei, größere Mengen von Kohlen der Ausfuhr zu überlassen. Auf die vielen Klagen, die sich allenthalben im Lande vernehmen lassen, antwortete kürzlich der Präsident des Verteilungsausschusses, Adam Nimmo, in einem Artikel, den die „Times" veröffentlichte. Er wies auf die Bedeutung der Bedürfnisse des Inlandes hin, die in erster Linie befriedigt werden müßten. Die freie Ausfuhr von Kohle würde in nicht wieder gut zu machender Weise die Entwicklung der nationalen Industrie lähmen. Für das Jahr 1920 sieht Nimmo eine Kohlengewinnung von 240 Millionen Tonnen voraus gegen 287 Millionen im Jahre 1913. Davon entfallen auf den Inlandbedarf 219,250,000 Tonnen anstatt 205 Millionen im Jahre 1913. Es ist deshalb ungenau, wenn behauptet wird, daß beträchtliche Kohlenmengen in England zurückgehalten werden zum Schaden des Ausfuhrhandels. Man müsse unbedingt während des Sommers die für den Winter notwendigen Kohlenvorräte aufstapeln.

Sozialpolitisches

Schweiz. Angestelltenkammer. Das Sekretariat der V. S. A. veröffentlicht in der „Schweizer. Werkmeisterztg." folgenden Bericht: Am vergangenen Samstag (11. Juli) tagte in Zürich zur Behandlung einer Reihe wichtiger Geschäfte die schweizerische Angestelltenkammer, die durch Umfrage bei den angeschlossenen Zentralverbänden aufs neue aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt worden ist:

Schweizer. Kaufm. Verein: Stoll und Schmid-Ruedin;
Schweizer. Werkmeisterverein: Eberhardt und Osterwalder;
Union Helvetia: Baumann und Wyß;
Schweizer. Technikerverband: Dr. Frey und Furrer;
Bund techn. Angestellter: Dr. Fallet und Walder.
Schweizer. Bankpers.-Verb.: Dr. Fuchs und Rychener;
V. S. A. M.: Dr. Greiner;
Techn. Gesellschaft Baden: Feißli.

Die Geschäftsleitung wurde mit den Herren Stoll, Zentralsekretär des S. K. V., als Präsident, Werkmeisterpräsident Eberhardt als Vizepräsident und Generalsekretär Baumann (Union Helvetia) als Generalsekretär für eine weitere Amtsdauer bestätigt. — Damit waren die Wahlgeschäfte erledigt und die Kammer schritt zur Abwicklung der reichbesetzten Traktandenliste, die folgende Geschäfte aufführte und welche im nachstehenden nur ganz summarisch behandelt werden sollen: Aufnahme neuer Verbände. Das Aufnahmegesuch eines neugegründeten Branchenverbandes, der aus einer ehemaligen reinen Bildungsorganisation hervorgegangen war, mußte auf begründete Einsprache von zwei angeschlossenen Zentralverbänden hin abgelehnt werden, weil tatsächlich die V. S. A. nicht zulassen kann, daß die vor kurzer Zeit geschaffene (wenigstens im Anfangsstadium) Einheitsfront der schweizerischen Angestelltenschaft durch sich mehrende Zersplitterungsbestrebungen unterhöhlt werde. Es steht kleineren Branchenverbänden jederzeit frei, sich unter Wahrung ihrer vollen Autonomie einem der bestehenden großen Zentralverbände als Unterverband anzuschließen.

Wiewohl die Reaktion gegenwärtig Hochwasser hat, schritt die Kammer mit ungebrochenem Optimismus zur Behandlung einer Anzahl bedeutungsvoller Bundesgesetze, die in ihrer Gesamtheit später eine Grundlage für eine zukünftige Arbeitsverfassung bilden können. Vor allem gelangte die bundesrätliche Vorlage und Botschaft betr. Errichtung eines eidgenössischen Arbeitsamtes zur Sprache, sowie die Vorlagen des Delegierten für Sozialgesetzgebung beim schweizerischen Volkswirtschaftsdepartement betr. Wiederaufnahme des verworfenen Bundesgesetzes betr. die Ordnung des Arbeitsverhältnisses. An die Behörden werden bezügliche Eingaben gerichtet.

Zusammen mit andern Arbeitnehmerorganisationen wird die V. S. A. zugunsten des Bundesgesetzes betr. die Arbeitszeit bei den Transportanstalten eine ganz intensive Propaganda betreiben, im Hinblick auf die Bedeutung des Abstimmungsergebnisses auch für die Privatindustrie und den Handel. Die Geschäftsleitung erhielt bestimmte Vollmachten.

Die der V. S. A. angegliederte Subkommission für die Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung erhielt den bestimmten Auftrag, die Beschlüsse und Anträge der nationalrätlichen Kommission in dieser Materie vom Angestelltenstandpunkt aus eingehend zu prüfen.

Der Samstagnachmittag der Sitzung war auschließlich den Postulaten für den neuen Gesamtarbeitsvertrag gewidmet, die einläßlich nach allen Richtungen hin besprochen wurden. Die Postulate gehen zur weiteren Behandlung noch einmal zurück an die Verbände und dann bereinigt an die Geschäftsleitung, die die Eingabe fertigstellen wird.

Schweizerisches Arbeitersekretariat. Bisher waren die verschiedenen Gruppen, die sich speziell die Vertretung der wirtschaftlichen Arbeiterinteressen zur Aufgabe setzten, im Schweiz. Arbeiterbund vereinigt, und das Schweizerische Arbeitersekretariat, dessen Leiter Herr Nationalrat Greulich ist, war ein Organ des Schweiz. Arbeiterbundes. Vor einiger Zeit traten infolge von Meinungsverschiedenheiten die christlich-sozialen Arbeitervereinigungen aus und erreichten die Subventionierung ihres besonderen Sekretariates durch den Bund. Der Schweiz. Gewerkschaftsbund gelangte nunmehr an den Bundesrat, wie die „N. Z. Z." mitteilt, mit dem Anliegen, es möchte das Arbeitersekretariat dem Gewerkschaftsbund angegliedert und zugleich dessen Subvention erhöht werden. Nicht ohne sein Bedauern darüber auszudrücken, daß es nicht mehr möglich war, die verschiedenen Verbände der schweizerischen Arbeiter auch fernerhin im Arbeiterbund vereinigt zu sehen, hat sich der Bundesrat, ohne sich für einmal mit der Höhe der Subvention zu beschäftigen, bereit erklärt, der Angliederung des Arbeitersekretariates an den Gewerkschaftsbund zuzustimmen.

Stickerei-Industrie. Beim schweizerischen Volkswirtschaftsdepartement haben mehrere Verbände von Stickereiarbeitern gegen die vom Exporteurverband vorgeschlagene Aufhebung der Minimalstichpreise energischen Protest erhoben. Auch gegen die Kürzung der Entschädigung in Fällen von Arbeitslosigkeit wurde Einspruch erhoben.

Der Arbeiter als Schweizer. Auf Veranlassung und mit finanzieller Unterstützung einiger wohlmeinender Schweizer ist kürzlich eine Schriftenserie „Jugendbildung und Volkswirtschaft" herausgegeben worden zum Zweck der Aufklärung sowie der Förderung der Arbeits- und Berufsfreude bei den künftigen Schweizerbürgern. Eine dieser Schriften, vom Geschäftsführer des Zentral-Stellenvermittlungsbureau des Schweizer. Kaufmännischen Vereins, Herrn A. Hofammann verfaßt, behandelt in interessanter Weise, wie man ein Kaufmann wird. Eine andere, von der hier die Rede sein soll, hat als Ueberschrift: „Der Arbeiter als Schweizer" und ist von Dr. Jak. Lorenz geschrieben worden, der vor mehr als Jahresfrist aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten ist, als diese eine mehr und mehr extreme Richtung bolschewistischer Art eingeschlagen hatte. Der Verfasser, ehemals Adjunkt des schweizerischen Arbeitersekretärs, ist uns überdies bekannt als der seinerzeitige Organisator der Schweizer. Heimarbeitsausstellung im Hirschengrabenschulhaus in Zürich, wo das Bild über die verhältnisse in der Zürcher Seidenhausindustrie ziemlich kläglich ausgefallen und von jener Seite auch entsprechend abfällig beurteilt worden war. Die späteren Erfahrungen haben Dr. J. Lorenz dann allerdings vom Glauben bekehrt, als könnte durch die bis zur Gegenwart eingeschlagene sozialistische Taktik das Los der Arbeiterschaft verbessert und gehoben werden, und so dürfte diese Studie gerade ihres Verfassers wegen umso mehr gewürdigt werden. Der sympathisch geschriebenen Schrift ist folgendes zu entnehmen:

„Wie oft hört man das Wort „Nur ein Arbeiter"; keiner denkt dabei daran, daß die Menschheit immer schwer wird arbeiten müssen, um sich zu erhalten. Die Gesellschaft wird sich sogar so reorganisieren müssen, daß jeder arbeiten muß, der essen will. Ist es aber nicht gerade deswegen sinnlos, abschätzig zu sagen, es sei einer „nur ein Arbeiter", oder nicht „nur ein Arbeiter" sein zu wollen? Jeder sollte ein Arbeiter im weiteren Sinne des Wortes sein. Wer es nicht ist, schändet sich selbst und schädigt die Mitmenschen. Der Lohnarbeiter aber, der, um leben zu können, im Dienste eines andern arbeiten muß, ist heute von einer solchen Wichtigkeit für die menschliche Gesellschaft, daß es keinen Grund hat, seine Stellung niedrig einzuschätzen. In früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten lag das Schwergewicht der Volkswirtschaft auf dem selbständigen Unternehmer, heute verschiebt es sich mehr und mehr auf den Arbeiter. Die schweizerische Fabrikindustrie hat z. B. in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten ihre Arbeiterzahl von 135,000 auf 380,000 vermehrt. Und von je hundert Beschäftigten gehören zu den Lohnarbeitern: in der Baumwollindustrie 93, Seidenindustrie 91, Wollindustrie 88, Schokoladefabrikation 86 usw. Mit einem Wort: in den entscheidenden unserer Industrien und Gewerben liegt das Schwergewicht der Arbeit heute auf dem Arbeiter.

Diese überragende Bedeutung des Lohnarbeiters in unserer Volkswirtschaft ist viel zu wenig bekannt und wird deshalb viel zu niedrig eingeschätzt. Auch vom Arbeiter selbst! Auch er hat in den meisten Fällen zu seiner Arbeit nicht die richtige Einstellung. Er sieht in ihr die bloße Mühe, die leere Last, das Joch der Lohnarbeit, die Lohnsklaverei. Will der Arbeiter aber am Leben nicht verzweifeln, muß er — neben dem Bestreben, seiner Arbeit zum rechten Lohn zu verhelfen — seine Arbeit hochschätzen lernen. Er muß lernen, seine Arbeit als eine volkswirtschaftliche Mission aufzufassen. Er muß verstehen, daß seine eintönige, wenig lohnende Tätigkeit eine Notwendigkeit, daß sie entscheidend ist. Dann wird er sich nicht als „nur ein Arbeiter" vorkommen, dann wird er von der Maschine zur Persönlichkeit. Und die durch die Erkenntnis der Bedeutung der eigenen Arbeit erlangte Persönlichkeit lehrt auch, die Tätigkeit und Persönlichkeit des Nebenarbeiters, des Ingenieurs, des Bauern wie des industriellen Unternehmers richtig einschätzen. Die Erkenntnis von der Wichtigkeit der eigenen Arbeit wird zu einem Grundstein der gesellschaftlichen Auffassung. Der Arbeiter muß auf Grund seiner Arbeit und ihrer Bedeutung sich eine gesellschaftliche Geltung erringen, nicht durch planund sinnloses utopistisches Revolutionieren. Dann wird ihm die Gesellschaft nicht widerstehen können und ihm und seiner Klasse den Platz einräumen müssen, der ihm kraft seiner Zahl gebührt.

Daß der Arbeiter zu seiner Arbeit und zu seinen Interessen eine ganz falsche Einstellung hat, zeigt sich nur zu oft bei der wichtigen Frage der Berufswahl seiner Kinder. „Nur kein Arbeiter werden" ist die größte Sorge vieler Eltern. Es ist natürlich durchaus zu begreifen, wenn der Arbeiter seinen Kindern gerne ein besseres Los gönnte, als er es im Leben hatte. Aber er täuscht sich, wenn er glaubt, ihr Glück dadurch zu schaffen, daß er sie um jeden Preis kaufmännischen und gelehrten Berufen zuführen will, denn unter dem etwas feineren Aeußeren dieser „ruhigen und sauberen" Berufe verbirgt sich viel mehr Not als man glaubt. Mancher erkennt dann zu spät, daß es ihm besser gegangen wäre, wenn ihn sein Vater einen Beruf im Handwerk hätte lernen lassen. — Ebenso unklug handeln die Väter, die ihre Kinder ohne Rücksicht auf die Berufslehre so rasch wie möglich verdienen lassen wollen. In den meisten Fällen hilft der Arbeiter selbst sich dadurch nur wenig und schadet seinem Kind. Der junge Mann, der als Handlanger in die Fabrik geht, oder Ausläufer und dergleichen wird, hält bekanntermaßen die Familiengemeinschaft mit den Eltern nur ein paar Jahre aufrecht. In den meisten Fällen liefert er auch lange nicht den ganzen Lohn ab. Für sein ganzes Leben aber hat er eine schlechtere Bezahlung zu gewärtigen und in Zeiten der Arbeitslosigkeit trifft ihn der Schlag zuerst. Der Berufsarbeiter kann immer noch in der Not Handlangerdienste leiten, der Handlanger aber wird nie zum Berufsmann. Da unsere Volkswirtschaft tüchtige, gelernte Arbeitskräfte braucht, so sollten Arbeitgeber, Staat u. Gemeinden noch mehr tun für die Unterstützung von

Lehrlingen unbemittelter Eltern. Es liegt aber auch durchaus im Interesse der Arbeiterschaft selber, ihre jungen Leute der Industrie zuzuführen, sie einen Beruf lernen zu lassen, damit der schweizerische Arbeiter in der Industrie der führende Teil der Arbeiterschaft bleibt.

Das wirtschaftliche Wohlergehen des Arbeiters ist in keinem europäischen Lande größer, als bei uns in der Schweiz. Wir haben nicht das Massenelend der Großstädte in den Großstaaten, wir haben nicht die unüberbrückbaren Standesunterschiede, wir haben keine politische Entrechtung der Arbeiterschaft. Es wäre gut, wenn die fremden Weltverbesserer unter den Arbeitern, die bei uns alles reaktionär finden, einmal in ihrem Lande wenigstens die Rechte schaffen würden, die in der Schweiz die Arbeiter haben. Die Schweizer Arbeiter lassen sich viel zu viel von außen imponieren und von hergelaufenen Leuten den Kopf voll schwatzen. Gewiß gibt es auch bei uns große Klassenunterschiede, deren Ueberbrückung die wichtigste Aufgabe der Behörden ist. Nur so kann dem Arbeiter klar gemacht werden, daß die Schweiz sein Vaterland ist, wenn es väterlich für ihn sorgt. Er darf durch Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter und Invalidität nicht ins Elend gestoßen werden. Der Bürger muß lernen, daß den unteren Klassen der Aufstieg erleichtert werden muß, auch wenn es dabei nicht ohne große Opfer abgeht. Bei solch verständigem Entgegenkommen von rechts und von links kann die breite Schicht der Arbeiter und Angestellten inne werden, daß die Schweiz für sie etwas bedeutet, und daß die Liebe zur Scholle und zu den heimischen Einrichtungen keine bloße Phrase, sondern ein wohlberechtigtes Gefühl ist, das mit der weltbürgerlichen Auffassung keineswegs im Widerspruch steht.

Krefeld. In der strittigen Lohnangelegenheit zwischen Arbeitern und Unternehmern der Sammet- und Plüschausrüstungsindustrie ist eine Entscheidung bisher noch nicht gefallen, weil die Sammet- usw. Hersteller die Hoffnung haben, daß eine Einigung zwischen den Parteien sich erzielen läßt, ohne daß sie — die Hersteller — gezwungen sind, die Betriebe zu schließen. Der Widerstand der ausständigen Sammet-Ausrüster (Scherer) richtet sich nur noch gegen die von den Arbeitgebern gemachte Differenzierung, die eine einmalige (nicht dauernde) monatliche Zulage von 100 Mk. an verheiratete und 60 Mk. an unverheiratete Arbeiter für eineinhalb Monate, 1. Juni bis 15. Juli — vorsieht. Im Einigungsfalle würde diese (Familien-) Zulage voraussichtlich auch auf die Arbeitnehmer der anderen Zweige der Industrie ausgedehnt werden.

Soziale Neuforderungen. Ueber Klassengegensatz, Sozialisierung und Betriebsräte schreibt ein Vertreter der Unternehmer, Professor Dr. Friedrich Dessauer, Direktor der Veifa-Werke in Frankfurt, in Nr. 394 der „Frankfurter Zeitung" u. a. folgendes:

Die bürgerlichen Parteien der Regierungskoalition haben manchen Vorwurf, auch aus den Reihen ihrer eigenen Anhänger, darüber hören müssen, daß sie zu dem Betriebsrätegesetz ihre Zustimmung gaben. Den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung wurden Vorwürfe gemacht zumeist des Inhalts, daß die endgültige Form den Wünschen der Arbeiter bei weitem nicht genüge. Den bürgerlichen Parteien sagte man Schwachheit nach, sie hätten dem anstürmenden Verlangen der Arbeitnehmer nicht sachliche Festigkeit genug entgegengesetzt und seien viel zu weit zurückgewichen. Ganz schlimme Gefahren für die geordnete Wirtschaft sollen sie damit heraufbeschworen haben, Einengung der industriellen Führer in ihrer so notwendigen Bewegungsfreiheit zur Führung des Wirtschaftskampfes, Quelle ewiger Unruhe, Untergrabung der Disziplin, Bürokratisierung, Lähmung der Tatenlust und Verantwortungsfreudigkeit, und das alles in einer Zeit, in der Kopf und Herz und Hände und jede Faser und jede Kraft der Produktion von Gütern gewidmet sein sollte. Solche Dinge bekam man zu hören, und bedauerliche Zwischenfälle wurden als warnende Zeichen immer und immer wieder angeführt. Auch jetzt taucht der Vorwurf aus Bürgerkreisen hin und wieder auf. Durch die Schaffung des Betriebsrätegesetzes hätten die verantwortlichen bürgerlichen Parteien der Sozialisierung Vorschub geleistet und damit aus Schwäche und Unsachlichkeit Schaden angerichtet.

Es ist richtig: der Sozialisierung leistet das Betriebsrätegesetz Vorschub. Und das mit Recht, wenn man unter Sozialisierung endlich verstehen will, was darunter in letzter Linie zu verstehen ist, und was jeder gerecht denkende Mensch wenigstens anerkennen muß: daß allmählich in den Betrieben der Privatwirtschaft die Einstellung auf das egoistische Interesse des Einzelunternehmers zurücktritt gegenüber den allgemeinen, den sozialen Wirtschaftsinteressen. Was man unter Sozialisierung gewöhnlich versteht, irgendeine schematisierende Uebernahme von Betrieben durch den Staat, das Reich oder die Kommune, hat mit dem Wesensgehalt der Sozialisierungsidee nur äußerliches gemein. Man kann aber nicht bestreiten, daß die privatwirtschaftlichen Unternehmungen so, wie sie jetzt sind, vor allem das Interesse haben, selbst soviel wie möglich zu verdienen. Es ist aber eine neue Zeit gekommen, und es ist ihr Sinn, daß diese zur Hochzucht der Wirtschaft notwendige Schätzung des Gewinnes und der eigenen Kräftigung so uneingeschränkt nicht mehr gelten soll wie bisher. Steht das privatwirtschaftliche Interesse im Gegensatz zum wirtschaftlichen Interesse des Landes, so blieb bisher dem Unternehmer in der Regel keine Wahl. Er mußte für sein Werk sorgen, selbst auf Kosten des Landes. Gegenüber dem privatkapitalistischen Interesse mußten häufig soziale, humanitäre, vaterländische Gedankengänge zurücktreten. Das soll nicht mehr sein. Das Schicksal der Produktions- und Handelsstätten soll künftig nicht mehr so überwiegend wie bisher nach privatwirtschaftlichen Vorteilen entschieden werden. Auch andere Stimmen sollen gehört werden, zunächst auch die Stimmen der Arbeitnehmer, die an dem Schicksal des Unternehmens gleichfalls interessiert sind, in dem Sinne, daß die Leiter — Unternehmer, Direktoren — nicht mehr den kapitalistischen Besitzern allein verantwortlich sind, sondern auch ihren Arbeitnehmern, und daß sie infolgedessen auch ihre Autorität nicht ausschließlich von den kapitalistischen Besitzern, sondern auch von allen Angestellten her beziehen, die ja doch an dem Aufbau des Werkes einen ganz wesentlichen Anteil genommen haben.

Wenn man es sich unvoreingenommen überlegt, kann man nicht bestreiten, daß dieser Gedanke gerecht ist. Es ist nicht gerecht, wenn, wie das bisher war, der Wunsch und Wille einiger Besitzender über den Weiterbestand oder das Ende, über die Einschränkung oder Erweiterung, über den Uebergang in eine andere Hand, über die Besetzung der leitenden Stellen ganz allein verfügt und damit über das Schicksal von Hunderten oder Tausenden von Menschen in diesen Werken. Der Direktor eines Werkes ist eines Tages da und seine Befehle gelten für alle Angestellten. Wäre es nicht wirklich erstrebenswert, daß dieser Direktor nicht nur von der Besitzerseite eingesetzt, sondern auch von dem Vertrauen seiner Angestellten autorisiert würde? „Das geht nicht, diese können unmöglich über die Qualitäten eines Leiters maßgebend urteilen!" — wird eingewendet. Ein solcher Direktor würde keine Autorität haben! Es geht doch wohl mit gutem Willen und mit der Zeit. Vor allen Dingen habe man etwas Vertrauen zum deutschen Arbeiter und zur deutschen Angestelltenschaft. Fehler werden vorkommen, recht unangenehme sogar. Aber nicht gleich die Geduld verlieren. Auch Aufsichtsräte haben Fehler gemacht. Im ganzen weiß aber der deutsche Arbeiter und der deutsche Angestellte sehr wohl und wird es immer mehr erleben und darum wissen, je mehr er an dem Schicksal des Werkes mitarbeitet, daß wir überall die besten Leute als Führer brauchen. Das aber hindert nicht, daß in einem Unternehmen ein Tisch steht, wo sich Führer und Geführte zusammenfinden, wo der Führer Rechenschaft ablegt darüber, was er plant und was er wirkt, und seine Gründe sagt. Und daß die Geführten ihm wiederum sagen, wo es ihnen fehlt und was sie wünschen und was sie besserungsbedürftig im Interesse des ganzen Werkes empfinden. Das muß eine Stelle sein, wo nicht der Vorgesetzte herablassend und wohlwollend ergebene Wünsche von der anderen Seite empfängt, sondern wo Mensch zu Mensch spricht und wo die Führerautorität aus der Einsicht und aus dem Vertrauen jedesmal wieder neu gefestigt wird. Dabei mögen die Meinungen kräftig aufeinanderplatzen. Es wird manche unverständige Mitglieder der Betriebsräte geben, welche die Bedingtheit ihrer Existenz von der Existenz des Werkes noch nicht erlebt haben und meinen, der Witz der Sache sei Demagogie und unerfüllbares Fordern. Es wird auch solche geben, die, wie ein Führer der Unabhängigen auf dem letzten Parteitag sagte, in dem Betriebsrat den Teufel im Leibe des Unternehmers sehen. Sie werden bald erleben, wohin das führt: zum eigenen Untergang, zum eigenen Hunger. Solche Betriebsräte, die nicht positiv aufbauen, sondern ein Werk unterwühlen, werden sich selbst rasch erledigen. Sieht das Mitglied des Be-

triebsrates erst — und dazu wird es ja jetzt schon vielfach systematisch erzogen — die ungeheuren Schwierigkeiten in der Verflechtung wirtschaftlichen Geschehens, dann wird gar vieles im Betriebe leichter gehen. Denn der größte Teil der Schwierigkeiten, die wir Deutschen uns gegenseitig machen, liegt in der Unkenntnis der Lage des andern. Wüßten die Kapitalisten und die von ihnen eingesetzten Direktoren manchmal besser Bescheid über das, was in den Herzen und Köpfen ihrer Angestellten vorgeht, und wüßten die Angestellten besser Bescheid über das, was einen industriellen Führer bewegt und sein Handeln bestimmt, so wäre sehr viel weniger Verärgerung, Mißtrauen und Radikalismus auf beiden Seiten.

Darum ist es eine glückliche Tat und ein Gutes verheißender Anfang, daß das Betriebsrätegesetz gemacht wurde. Wo von dem Gesetz richtiger Gebrauch gemacht wird, wird es die Angestelltenschaft zur wirtschaftlichen Einsicht erziehen, weil die Wahrheit ein Feind der demagogischen Uebertreibung ist und die verantwortliche Wirklichkeit den Mund schließt und den Geist schärft. Andererseits wird es den Unternehmer, den Direktor, den industriellen Führer sozial erziehen, er wird oft finden, daß der deutsche Industriearbeiter und der Industriebeamte im Grunde recht viel gute, sachliche Qualitäten hat und daß er leichter und eifriger arbeitet, wenn er weiß, wozu er arbeitet und in welcher Lage er arbeitet, und daß er selbst auch eine ganze Reihe von guten Vorschlägen hat, um das Werk zu verbessern, und daß manche harte Tat wirklich aus Verzweiflung geschah. Findet das Betriebsrätegesetz die Menschen, die den rechten Gebrauch davon machen, dann ist es von allen Mitteln zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft das beste Mittel. Die Menschen allerdings sind die Hauptsache, nicht das Gesetz."

Es wäre zu wünschen, wenn alle Unternehmer sich diese Ausführungen zu Herzen nehmen und danach handeln würden, dann kämen wir auch wieder zu einem Arbeitsfrieden, der uns zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft so bitter nottut.

Industrielle Nachrichten

Ein Schulbeispiel wirtschaftlicher Ueberfremdung. Unter dieser Ueberschrift wird der „N. Z. Z." geschrieben: Das Handelsamtsblatt vom 7. Juli meldet die vollzogene Gründung der Kammgarnspinnerei Interlaken A.-G. (siehe auch Firmennachrichten in Nr. 13 der „M. ü. T.") Drei Interessenten haben sich dabei zusammengetan: 1. ein Schweizer Kaufmann; 2. der unvermeidliche Schweizer Advokat; 3. ein Herr Dr. Rudolf Cranz, Rechtsanwalt aus Hamburg, um dessentwillen und seines Wunsches wegen, in Interlaken sich niederzulassen, die ganze Aktion ins Werk gesetzt worden sein dürfte. Der Schweizer Anwalt begründet das Niederlassungsgesuch seines Hamburger Kollegen mit der Erklärung, die Gründung der Kammgarnspinnerei liege im Interesse der Gemeinde, und da der dreißigjährige ausländische Rechtsanwalt für die kaufmännische und technische Leitung dieser Spinnerei unentbehrlich sei, würde die Verweigerung der Niederlassung die Einführung genannter Industrie in Interlaken verunmöglichen. Mit dieser Begründung spekulierte man auf die Notlage, in der sich der Fremdenort Interlaken zurzeit befindet. Daß man richtig gerechnet hat, zeigt die Unterstützung, die das Niederlassungsgesuch des ausländischen Petenten von seiten der Gemeinde und einer kantonalen Handels- und Gewerbekammer erfuhr.

Der Vertrag, der zwischen der Gemeinde und dem schweizerischen Kaufmann, als dem Wegbereiter des Dr. jur. Cranz, abgeschlossen wurde, verdient in einzelnen Punkten festgehalten zu werden. Die Gemeinde tritt das für die Errichtung der Spinnerei nötige Terrain der A.-G. unentgeltlich zu Eigentum ab. Stellt sich innerhalb fünf Jahren das Bedürfnis dazu ein, wird die Gemeinde weitere Parzellen als Baugrund unentgeltlich abtreten. Die Gemeinde gewährt dem Unternehmen auf die Dauer von fünf Jahren Steuerfreiheit für Grund- und Einkommensteuer. Auch leistet sie für die Dauer der ersten sieben Jahre Beiträge an die Kosten für Bezug elektrischer Energie.

Ohne die Lage Interlakens zu verkennen, bestreiten wir, daß eine derartige Förderung eines fremden industriellen Unternehmens auf die Dauer im Interesse der Gemeinde liegt. Die Begründung hierfür kann sich jedermann selbst geben. Sodann ist der Fall ein Schulbeispiel dafür, wie sich die Niederlassung Landesfremder mit Beharrlichkeit und kluger Berechnung immer wieder durchsetzen läßt. Die Ausbreitung der Kammgarnindustrie selbst ist keine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Gutachten, die sich in diesem Sinne ausgesprochen haben, zeugen von schlimmer Unkenntnis unserer Verhältnisse oder von Mangel jedes Verantwortungsgefühls. Es ist im Gegenteil so, daß hier eine außergewöhnlich günstige Gelegenheit, der Ueberindustrialisierung unseres Landes zu wehren, verpaßt worden ist. Statt daß man diese Art von Niederlassung verweigert hat, ist man so weitgegangen, einem zu gutem Teil ausländischen Unternehmen eine Vorzugsstellung gegenüber den bestehenden Schweizer Betrieben einzuräumen. Die Methode ist nicht neu; wir hätten sie aber nach den bösen Erfahrungen der letzten Jahre doch nicht mehr für möglich gehalten. Lange genug sind die Behörden auf die Gefahren der Ueberfremdung aufmerksam gemacht worden; da die Wirkung eine solche ist wie im Fall der Kammgarnspinnerei Interlaken, wird die Schweizer Industrie sich entschließen müssen, selbst die Folgen derartiger Erscheinungen abzuwarten.

Der französische Seidenbandmarkt. Hierüber schreibt der „Berl. Konf.": Die Fabrikanten von St. Etienne sind durch die zwangsweise Einführung des Achtstundentages arg in Mitleidenschaft gezogen worden. Der dadurch verringerten Produktion folgten erhöhte Lohnsätze, immer wachsende Knappheit an geschulten Kräften, wie auch an Farbstoffen, und die ständig höher steigenden Preise für alle Rohprodukte.

Im Jahre 1919 betrug die Produktion an Seidenbändern dort im Jahre über 287 Millionen Franken, davon gingen knapp 200,000 Fr. ins Ausland. Die Ziffern der letzten Jahre stellen sich wie folgt:

	Produktion	Export
1912	93,323 108 Fr.	
1913	103,122,558 „	
1914	92,742 863 „	
1915	76,441,000 „	
1916	95,173,123 „	
1917	119,629 976 „	94,718 Fr.
1918	176,426 212 „	129 593 „
1919	287,155 609 „	176,721 „

Amerikanische Geschäftsverhältnisse. Ein Freund des „Berl. Conf.", der amerikanische Verleger Fairchild, der in New York und London eine Anzahl bedeutender Fachzeitschriften herausgibt, richtete in diesen Tagen einen interessanten, vom 6. Mai datierten Brief an diese Firma, worin folgendes gesagt wird.

„Hier im Lande ist eine Art Preissturz (slump) eingetreten und nirgends halten sich mehr die Preise. Das Geschäft ist still, die Umsätze recht gering, es hat eine allgemeine Aengstlichkeit platzgegriffen. Eine Reihe Zahlungseinstellungen steht zu erwarten.

Wir gehen zweifellos einer wirtschaftlichen und finanziellen Krisis entgegen, die schon lange vorauszusehen war. Im Seidenhandel ist die erste größere Zahlungseinstellung erfolgt, und aus Washington kommt die Nachricht, daß die Banken dortden Seiden- und Wollfirmen die Kredite zu kündigen beginnen, was sicherlich wieder eine Anzahl von Zahlungsstockungen im Gefolge haben wird. Doch glaubt man, daß die Regierung die rigorosesten Maßnahmen seitens der Banken verhindern wird . . ."

Baumwolle und Automobilindustrie.

Es ist schon zu verschiedenen Malen darauf hingewiesen worden, daß der gesteigerte Verbrauch gutstapeliger Baumwolle auf die gewaltige Entwicklung der Automobilindustrie zum Teil zurückzuführen ist. Daß der außergewöhnliche Aufschwung, den die Automobilindustrie für Inlandbedarf und Ausfuhr in den Vereinigten Staaten genommen hat, die Nachfrage nach Stapelbaumwolle ungemein steigerte, darin stimmen die Berichte der Fachleute und Augenzeugen ausnahmslos überein. Im Baumwollbericht der Priceschen Zeitschrift „Commerce and Finance" steht u. a. nach der Wiedergabe in der „N. Z. Z." zu lesen: „Baumwollverbrauch für Auto-Gummireifen 400,000 Ballen." Der ständig zunehmenden Nachfrage nach Stapelbaumwolle für Automobtilreifen, heißt es weiter, kommt angesichts der so stark verminderten „Sea-